

Großbritannien hat die Wahl

ZUR AKTUELLEN LAGE VOR DEN EUROPA- UND KOMMUNALWAHLEN

Großbritannien stehen in wenigen Wochen nicht nur turnusgemäße Wahlen auf kommunaler Ebene und zum Europäischen Parlament bevor. Auch in der Frage des schottischen Unabhängigkeitsreferendums ist der Ausgang längst nicht mehr so klar wie zu Beginn des Jahres 2014.

Ausgangslage

Am 22. Mai finden in Großbritannien zeitgleich die Wahlen zum Europäischen Parlament wie auch in zahlreichen Städten und Gemeinden Kommunalwahlen statt. Diese werden auch als Test für die in einem Jahr (Mai 2015) anstehenden allgemeinen Parlamentswahlen gesehen, auch wenn diese auf Grund der unterschiedlichen Wahlsysteme und der signifikant unterschiedlichen Wahlbeteiligung nicht unmittelbar vergleichbar sind. Und bereits am 18. September 2014 steht das Referendum zur Unabhängigkeit Schottlands auf der politischen Agenda. Beide Ereignisse, Wahlen im Mai und Referendum im September könnten weitreichende Folgen für die politische Landschaft in Großbritannien und sogar für die territoriale Integrität des Vereinigten Königreichs haben.

Wahl zum Europäischen Parlament

Am 22. Mai werden in Großbritannien die Vertreter zum Europäischen Parlament gewählt. Traditionell liegt dabei die Wahlbeteiligung sehr niedrig (zwischen 30 und 35%), welche diesmal allerdings angesichts der zeitgleichen Kommunalwahlen etwas höher ausfallen könnte. In den bisherigen Umfragen sahen die Kräfteverhältnisse so aus, dass *Labour* (wenn auch knapp) mit 30-32% führte, dicht gefolgt von *UKIP* mit 27-28% und relativ deutlich dahinter die regie-

renden *Conservatives* mit 22-23% auf dem vierten Platz, abgeschlagen die *Lib Dems* mit 7-8%.¹ Am 23.4. belegte dann *UKIP* in einer *YouGov* Umfrage² jedoch mit 31% erstmals Rang eins, während *Labour* mit 28% auf den zweiten Platz abrutschte, gefolgt von den *Conservatives* mit nur noch 19% und den *LibDems* mit 9%. Bezeichnenderweise waren in derselben Umfrage nur 20% der Befragten der Meinung, dass *UKIP* „praktikable Politikvorschläge“ gebe.

Wenn man dazu die Daten aus der ICM Umfrage vom 20.4. des Jahres nimmt, nach der Personen, die bei den nationalen Wahl 2010 *Conservatives* wählten, nun aber zu 37% ihr Votum zugunsten *UKIP* ändern wollen, wird klar, woher dieser Aufschwung von *UKIP* im Wesentlichen kommt. Allerdings darf angesichts der vorhandenen nationalen Umfragen (noch) bezweifelt werden, dass dieser Trend von Dauer ist, sondern vielmehr dem Thema „Europawahl“ einerseits und „Abstraffung der Regierung“ andererseits geschuldet ist:

Nationale Umfragen Wahl 2015	ICM (Guardian 15.4.)	IPSOS Mori (FT, 11.4.)
Labour	37%	37%
Conservatives	22%	31%
UKIP	11 %	15 %
LibDems	12 %	9%

¹ Umfragen von *YouGov* (in *Financial Times* vom 4.4.) und von *ICM* (im *Daily Telegraph* vom 20.4.)

² <http://yougov.co.uk/news/2014/04/25/ukip-move-first-place-euro-elections/>

28. April 2014

www.kas.de/london

Angesichts dieser Bewegungen in der Wählergunst stellt sich die Frage wie und wo UKIP einzuordnen ist, wie sich deren Stimmenzulauf erklären lässt und ob sich hier eine signifikante und dauerhafte Veränderung der Parteienlandschaft in Großbritannien abzeichnet.

In der Studie "Revolt of the right"³ der Professoren Robert Ford und Matthew Goodwin, die auf einer großangelegten Meinungsfrage beruht, wird dargelegt, dass sich 30% der britischen Wähler von den drei traditionellen Parteien im Stich gelassen fühlen. Es liegt also auch in Großbritannien offenbar ein weit verbreitetes Phänomen der Parteienverdrossenheit vor, welches sich UKIP und Nigel Farage zu Nutzen gemacht haben, um sich in erster Linie als Anti-Establishment Bewegung (und eben nicht nur als Anti-Europa Bewegung) zu positionieren. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass UKIP eine neue und bleibende politische Kraft und keine nur vorübergehende Erscheinung ist, auch wenn auf Grund des politischen Wahlsystems in Großbritannien nicht klar ist, ob sie bei den nächsten Unterhauswahlen auch mit signifikantem Ergebnis ins Parlament einziehen werden.

Thematisch setzt UKIP dabei auf zwei zentrale Felder, wo breite Unzufriedenheit herrscht: 30% der Wähler sind lt. dieser Studie Europa-skeptisch und gegen Migration. Beide Themen besetzt UKIP mit markigen, populistischen und bisweilen ausländerfeindlichen Parolen im aktuellen Wahlkampf.

UKIPs Wählerbasis basiert laut dieser Studie auf mehrheitlich alten, männlichen, weißen, aus unteren Einkommensschichten und mit niedrigem Bildungsstand stammenden Personen. Weniger bis kaum Zuspruch findet UKIP hingegen bei Frauen (wegen zahlreicher chauvinistischer Äußerungen aus UKIP-Führungskreisen), jungen Wählern und ethnischen Minderheiten.

³ <http://www.ft.com/cms/s/2/c47ff0f2-a9e9-11e3-8bd6-00144feab7de.html#axzz30AjcwWFg>

In der angelaufenen Europawahlkampagne polemisiert UKIP von daher auch mit einer großangelegten Plakatserie⁴, bei der Migranten als Bedrohung für Arbeitsplätze und „Schmarotzer des Sozialsystems“ sowie die EU als fernsteuernde Macht angegriffen werden. Dank signifikanter Wahlkampfspenden in Millionenhöhe (u.a. des Millionärs Paul Sykes) hat UKIP keine Mühe diese Botschaften auch breit in der Öffentlichkeit zu platzieren.

Hinzu kommt, dass auch Nigel Farage dank zweier TV-Debatten (Ende März und Anfang April) mit dem Vize-Premierminister und LibDem Vorsitzenden Nick Clegg deutlich punkten konnte: Beide Debatten sahen ihn (wenig überraschend) als deutlichen Punktsieger (1. Debatte 57:36, zweite Debatte 69:31). Seiner populären Sprache, den simpleren Argumenten und seiner Gabe der kamerafreundlichen Polemik hatte der sachlichere aber auch sprödere Clegg nichts entgegenzusetzen und damit auch die Diskussion darüber entfacht, ob man Farage nun auch bei den Debatten zur nationalen Wahl 2015 einen Platz im TV-Studio gewähren muss. Nick Clegg (und indirekt der Regierung) wird somit auch der Vorwurf gemacht Farage und UKIP, die bisher ihre öffentlichen Auftritte eher in britischen Pubs zelebrierten, durch dieses TV-Duell „hoffähig“ gemacht zu haben.

Mit anderen Worten: UKIP und Farage sind auf der großen politischen Bühne in Großbritannien angekommen, alle gegenteiligen Versuche dies zu verhindern (zwischen Ausgrenzung und verbaler Aggression) sind vorläufig gescheitert.

Die Positionierung UKIPs als Protestpartei hat aber auch deshalb so erfolgreich funktioniert, weil alle anderen traditionellen Parteien zumindest in der breiten öffentlichen Wahrnehmung versagt haben: *Labour* fehlt es als Oppositionspartei an glaubhaften Konzepten (zu frisch ist die Erinnerung an

⁴ Bis dato ist UKIP mit diesen Plakaten die einzige politische Kraft, die überhaupt öffentlich erkennbar Wahlwerbung in London betreibt

28. April 2014

www.kas.de/london

deren desaströse Wirtschaftspolitik) und attraktiven personellen Alternativen, die *Lib-Dems* haben durch die Koalition mit den *Conservatives* das Label der Oppositions- oder Protestpartei verloren und die *Tories* selbst sind die führende Regierungspartei, der das soziale Charisma fehlt. Allein der Slogan „for hardworking people“ reicht da nicht aus.

Wer also „gegen“ das Establishment, gegen die Regierungspolitik wählen will, wählt UKIP, so deren Argument, was derzeit bei der Europawahl sehr deutlich aufgeht. Bis zum Mai 2015 bleibt es abzuwarten, ob sich dieser Trend auch dort fortsetzt.

Allerdings sind auch UKIP und Farage wegen eigenen hausgemachter Problemen angreifbar geworden: Die bezahlte Beschäftigung seiner Ehefrau und die Teilfinanzierung von Parteigebäuden aus EU Geldern könnten sich zum Boomerang entwickeln. Noch prallen diese Vorwürfe an ihm ab, allerdings könnte auch hier Ernüchterung eintreten, wenn klar wird, dass er und seine Partei letztlich genauso handeln wie „die anderen“.

Die regierenden *Conservatives* eröffneten ihre Europawahlkampagne am 11.4. mit einer Kundgebung in Manchester, bei der Premierminister Cameron als zentrale Botschaft die Devise ausgab, dass nur die „*Tories*“ letztendlich etwas positives in Europa bewirken können (*only tories can offer real change*). Damit distanzierte er sich einerseits von den *LibDems* (denen er vorwarf in punkto Europa nichts ändern zu wollen) und von UKIP (die nichts ändern könnten, weil sie ja die EU verlassen wollen).

Das Europa-Wahlprogramm der *Tories* ist auf sieben zentrale Punkte fokussiert:

- o EU Budget mit weniger Belastung für UK-Steuerzahler
- o Mehr Deregulierung zur Förderung der britischen Wirtschaft (*good for british business*)

- o Garantie, dass Großbritannien nicht Mitglied der Eurozone wird und sich auch nicht an *baillouts* beteiligt
- o Volle Grenzkontrolle, unter Respektierung der freien Arbeitsplatzsuche aber mit deutlichen Einschränkungen der freien Sozialleistungen für Migranten
- o „*Opt Outs*“ bezüglich Justiz und Innenpolitik
- o Ablehnung einer vertiefenden Integration (*no ever closer union*)
- o Garantiertes In/Out Referendum Ende 2017

Für die *Conservatives* stellt diese Europawahl einen Zwischenschritt auf dem Weg zur Wahl 2015 dar. Fast hat man den Eindruck, dass man sich mit der Tatsache abgefunden hat nur den dritten Platz belegen zu können, da die Hoffnung überwiegt, diese „UKIP-Protestwähler“ 2015 wieder zurückzugewinnen zu können. Die bereits zitierten nationalen Umfragen suggerieren dies ja durchaus, da dort UKIP derzeit nur bei 12-15% liegt. Ob allerdings die *Tories* nach der erwarteten Wahlschlappe am 22.5.2014 kühlen Kopf bewahren und nicht in Panik verfallen ist eine derzeit offene Frage.

Dabei hatte sich die Regierung Cameron noch Hoffnungen gemacht mit den sich verbessernden Wirtschaftsdaten (Arbeitslosenrate im April mit 6,9% erstmals unter dem gesetzten Ziel von 7%, weiter steigendes Wirtschaftswachstum - lt. IWF sogar das robusteste in Europa), der nach wie vor signifikant höheren Wirtschaftskompetenz in der Wahrnehmung durch die Bevölkerung (hier liegt das Duo Cameron/Osborne mit 40% weiter klar vor dem Labour Duo Milliband/Balls mit 22%) und der wirtschaftspolitischen Regierungserklärung durch Schatzkanzler Osborne, den Abstand zu Labour verkürzen zu können. Auch der viel beachtete gemeinsame Artikel von Schatzkanzler Osborne und Bundesfinanzminister Wolf-

28. April 2014

www.kas.de/london

gang Schäuble in der *Financial Times*⁵ sollte politische und wirtschaftspolitische Nähe und wichtige Übereinstimmungen beider führenden EU-Länder unterstreichen und damit das Argument der Wirtschaftskompetenz stärken.

Dann allerdings verhagelten interne Probleme diese Hoffnung zunächst einmal wieder.

Der quälend verzögerte Rücktritt von Kultusministerin Maria Miller, die zu Unrecht staatliche Unterstützung für Wohneigentum in Anspruch genommen hatte und davon nach einem Parlamentsentscheid letztlich nur eine Bruchteil zurückzahlen musste, hatte einen erheblichen Imageschaden für die Regierung und letztlich auch für Cameron selbst zur Folge. Lang – Kritiker meinen viel zu lang – hielt der Premierminister an seiner Ministerin fest, die sich dann doch dem öffentlichen Druck beugen musste und nach einer halbherzigen Entschuldigung im Parlament letztlich nach mehreren Tagen dauernden Hängepartie zurücktrat. Das Bild einer sich selbst bedienenden, unsensiblen und arroganten Politikerelite hatte Nahrung bekommen und damit Wasser auf die Anti-Establishment Argumentation von UKIP und Nigel Farage gespült. Bei der anschließenden Kabinettsumbildung sehen Beobachter regierungintern vor allem George Osborne gestärkt, da er dabei einige seiner Gefolgsleute gut platzieren konnte (namentlich Sajid Javid als Nachfolger von Maria Miller). David Cameron selbst wurde mangelndes Fingerspitzengefühl und unzureichendes Krisenmanagement vorgeworfen, allerdings spiegelt sich das bei der Frage nach partei-internen Alternativen für den Torie-Vorsitz (noch) nicht wieder. Lediglich seinen traditionellen Widersacher Boris Johnson (Bürgermeister von London) können sich lt. Umfragen⁶ 43% als bessere Alternative vorstellen. Bei den Kabinettsmitgliedern Theresa

⁵ Protect Britain's interests in a two-speed Europe. *Financial Times*, 27.3.2014

⁶ ICM Umfrage vom 13.-15.4., in *Sunday Telegraph* vom 20.4.2014

May (18%), George Osborne (15%) oder Michael Gove (9%) sehen diese Werte deutlich schlechter aus, so dass sich bei den *Tories* derzeit eine offene Leadership-Herausforderung eigentlich verbietet. Allein die Tatsache aber, dass diese Fragen gestellt und in den Medien diskutiert werden, zeigt, wie es innerhalb der Konservativen Partei gärt. Die Torie-nahe Zeitschrift *Spectator* brachte dies mit der Überschrift „*The return of Torie Wars*“ auf den Punkt.⁷

Schottlands Unabhängigkeitsreferendum

Zwischen der Europawahl und der nationalen Parlamentswahl liegt allerdings am 18.9.2014 noch das Unabhängigkeitsreferendum in Schottland. Dachte man bis Ende des Jahres 2013 in London noch, dieses angesichts der bis dahin stabilen Umfragewerte (bei 50% pro Verbleib im Vereinigten Königreich) geflissentlich ignorieren zu können, macht sich inzwischen Unruhe bis leichte Panik breit.

Nachdem im Dezember in den Umfragen die Befürworter der Unabhängigkeit bei 30% lagen, ist dieser Wert inzwischen auf 39% gestiegen. Dieser Zuwachs geht einerseits auf ein Absinken der Unions-Befürworter (von 50% auf 46%) und andererseits auf ein Rückgang der Unentschiedenen von 18% auf 15% zurück⁸

Die Kurven der Befürworter und der Gegner bewegen sich seit Januar also konsequent aufeinander zu. Es ist Bewegung in diese Frage geraten, daran besteht kein Zweifel. Ob es für einen kompletten Stimmungsumschwung reicht, bleibt abzuwarten. Einiges spricht im Moment aber durchaus dafür.

Die scheinbar einfache Frage des Referendums „*Should Scotland be an independent country*“ zieht de facto enorm komplexe und weitreichende Konsequenzen nach sich. Diese betreffen staatsrechtliche Aspekte

⁷ *The Spectator*, 15.3.2014

⁸ Siehe *Financial Times* vom 16.4., Werte sind Durchschnittswerte aller Umfragen

28. April 2014

www.kas.de/london

(EU-Mitgliedschaft, Staatsangehörigkeit, Staatsoberhaupt), politische (Außen- und sicherheitspolitische Fragen, Grenzkontrollen, Atom-U-Bootflotte) sowie wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte (Währung, Rentenkassen, Gesundheitssystem, Staatsverschuldung, Subventionspolitik, Erdöleinnahmen).

Wenn man die *better-together* Kampagne der Regierung unter Leitung von Alistair Darling und die *Independence-Kampagne* des schottischen Ministerpräsidenten Alex Salmond mit der Scottish National Party SNP miteinander vergleicht, wird klar wie unterschiedlich diese aufgebaut sind: Alex Salmond fährt medial geschickt eine klar emotionale und positiv besetzte Kampagne (Stichworte: Unabhängigkeit, Freiheit, Stolz, Selbstbestimmung) und schiebt dabei die sachlichen Fragen und Probleme beiseite oder bettet sie in ein vages 700-Seiten schweres Weißbuch, welches sich bei kritischer Betrachtung wie ein „Wünsch-Dir-Was“ Handbuch liest. Die *better-together* Kampagne hingegen hat bisher nicht geschafft die komplexen Sachverhalte in eine klare, verständliche Sprache zu gießen und damit sachlich für die Union zu werben. Stattdessen wird – ebenfalls emotional, aber negativ – mit den negativen Konsequenzen eines Austritts aus dem Königreich gedroht (Verlust des britischen Pfunds als gemeinsame Währung, Verlust von Arbeitsplätzen, die Staatsverschuldung wird nicht übernommen, etc.).

Verkürzt formuliert verspricht Salmond im Falle einer Unabhängigkeit einen Wandel zum Besseren, während die Union Kampagne zu suggerieren versucht, dass der Status Quo die bessere Lösung ist.

Völlig unterschätzt wird dabei zumindest aus London wie die Schotten auf diese Art der Bevormundung reagieren. Es geht in dieser Debatte schon lange nicht mehr um Sachfragen, sondern zunehmend um Emotionen. „*Divorcing England would be an act of spite, not reason*“ schreibt zu Recht Iain Martin in der FT⁹. Martin weist ferner da-

rauf hin, dass es im schottischen Englisch einen spezifischen Begriff gibt, der ein typisch schottisches Verhalten beschreibt: *thrawn*. Mit *thrawn* wird eine Person beschrieben, die mehr als dickköpfig ist, in extremen Fällen sogar fähig und bereit ist etwas zu tun, was den eigenen Interessen extrem zuwider läuft, nur um Recht zu behalten. Kürzer und prägnanter kann man die Reaktionen in Schottland auf die *better-together Kampagne* kaum beschreiben.

Auch die personelle Konfiguration könnte kaum unglücklicher sein: Während Salmond als Ministerpräsident über Amtsautorität und Legitimation verfügt, wird Alistair Darling lediglich als ein von London eingesetzter Funktionär der Regierung gesehen. Es fehlt der Union-Kampagne an schottischen Gesichtern und Persönlichkeiten, die sich mit persönlicher Glaubwürdigkeit für einen Verbleib im Königreich stark machen könnten. Es fehlt aber auch ein dezidiertes Auftreten aller Parteien in Westminster und ein klares Angebot bezüglich der Selbstbestimmungsrechte an Schottland.

Und so lautet gegenwärtig die realistische Schlussfolgerung bezüglich der Aussichten des Referendums: „Yes, it could happen“.¹⁰

Oder wie es John Nugee (OMFIF)¹¹ zutreffend formuliert: „England may find its way sleepwalking towards a future it does not expect and will not like. The Westminster politicians do not have long left to keep their country together“.

Selbst wenn es zu einem knappen Ergebnis zu Gunsten eines Verbleibs käme, wäre damit die Diskussion um mehr Selbstbestimmungsrechte in Schottland (und damit letztlich auch in Wales und Nord-Irland) sicher nicht beendet. Das Vereinigte Königreich steht vermutlich vor der komplexen Herausforderung ein gewisses Maß an Föderalismus zu wagen, auch wenn dieser Begriff in Großbritannien etwas verpönt ist.

¹⁰ Leitartikel Guardian 14.4.2014

¹¹ The OMFIF Commentary Vol. 5 Ed.17.2

⁹ Financial Times vom 26.4.2014

Konrad-Adenauer-Stiftung
e.V.

GROßBRITANNIEN
HANS-HARTWIG BLOMEIER

28. April 2014

www.kas.de/london

Falls allerdings die Unabhängigkeitsbewegung siegt, hätte dies tiefgreifende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen nicht nur in Großbritannien, sondern auch in Europa. Von der Neugestaltung der Nationalflagge (dazu gibt es bereits Entwürfe!) bis zu den weitreichenden wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen – einschließlich der parteipolitischen Gewichtsverlagerungen (die Labour-Partei würde mit dem Verlust der schottischen Abgeordneten ihre Mehrheit im Abgeordnetenhaus verlieren) – reichen die voraussichtlichen Folgen. Auch wenn das Ergebnis des Referendums rechtlich nicht bindend ist, so wird keine britische Regierung dieses Votum ignorieren können.

Aber auch auf europäischer Ebene hätte dies eine unkalkulierbare Signalwirkung. Separatistische Bestrebungen in Spanien (Katalonien), Frankreich (Baskenland) oder Italien (Venetien) sähen sich bestärkt. Die Frage nach Aufnahme eines abgespaltenen Landesteils eines EU Mitgliedslandes in die EU dürften EU-Juristen längere Zeit beschäftigen. Auch die möglichen Loslösung Schottlands vom Königreich kennt bis dato keinen Ablaufplan oder eine verlässliche Zeitschiene.

Ein unabhängiges Schottland: Diese Vorstellung war noch vor wenigen Monaten weit von jedweder Realität entfernt, inzwischen ist dies ein zumindest ernst zunehmendes Szenario. Wie Martin Kettle zu Recht im Guardian¹² schreibt: *“The UK is shifting beneath our feet right now. The psychological impact in England Wales amid Northern Ireland of a Scottish independence vote could be unpredictable and possibly nastily so.”*

Aber auch den Schotten und Alex Salmond sollte klar sein, dass es illusorisch zu meinen ist, alle Probleme, die sich für Schottland nach einer Unabhängigkeit ergeben, mit England auf freundliche, pragmatische und rasche Art lösen zu können. Auch ei-

nem unabhängigen Schottland würde von daher mitnichten automatisch eine glorreiche Zukunft blühen, sondern vielmehr ungemütliche Perspektiven und unvorhersehbare Probleme drohen.



Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Auslandsbüro Großbritannien und
Irland

63 D Eccleston Square
London SW1V 1PH
United Kingdom

Telefon
+44 20 7834 4119
Email
kas-uk@kas.de

¹² Martin Kettle: *The UK is on shifting sands. We cannot assume survival.* Guardian, 17.4.2014